Bundeskanzleramt

Bundesministerin für
Europa, Integration und Familie

Geschäftszahl:
BKA: 2025-0.283.024

15/6
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Tätigkeitsbericht der Bundesstelle für Sektenfragen 2024

Die Bundesstelle für Sektenfragen hat ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 2024 vorgelegt.

Im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags befasst sich die Bundesstelle mit einem breiten Themenspektrum, das von alternativen religiösen Bewegungen über Esoterik und spezifische Lebenshilfeangebote bis hin zu fundamentalistischen Strömungen, Verschwörungstheorien und Vernetzungen mit der rechtsextremen Szene sowie kultartigen Pyramiden- und Schneeballsystemen reicht. Insgesamt gab es Anfragen zu 257 verschiedenen Gemeinschaften, Angeboten und Themen.

Mit 483 Beratungsfällen und 1.957 Beratungskontakten kam es zu einer Steigerung der Beratungsfälle um rund 20 %.

Die Zahl von 128 Vernetzungs- und Informationstreffen mit anderen Institutionen, Fachstellen und Expertenkreisen sowie die 39 Beiträge zu Tagungen, Fortbildungen und Podiumsdiskussionen dokumentieren die Bedeutung der Bundesstelle als zentrale Informations- und Dokumentationsstelle in ihrem Tätigkeitsbereich.

Im Jahr 2024 wurde das Projekt zum Online-Monitoring von Verschwörungstheorien fortgesetzt und im April 2024 ein erster Bericht veröffentlicht, der sich insbesondere mit der Verbreitung von Verschwörungstheorien rund um Covid-19 in einschlägigen Gruppen des Telegram-Netzwerks befasste.

Mit dem Jahr 2023 wurde mit dem Aufbau eines neuen Dokumentationssystems begonnen, das für das Jahr 2024 erste Einblicke in die individuellen Gefährdungspotentiale der Ratsuchenden bei der Bundesstelle ermöglicht. Neben der Gefährdung der psychischen und physischen Gesundheit und der Angst vor dem Verlust sozialer Netze steht häufig die Gefahr der finanziellen Ausbeutung im Vordergrund der Beratungsfälle.

Im Extremfall werden die Betroffenen sogar zur Aufgabe ihres Berufes oder zu riskanten finanziellen Entscheidungen gedrängt, die zu Verschuldung, sozialer Verarmung und Abhängigkeit führen. Der Tätigkeitsbericht beschreibt dabei ein breites Bild der Risikofaktoren, mit denen die Bundesstelle in ihrer täglichen Informations- und Beratungsarbeit konfrontiert ist.

Auch die Online-Konferenz der Bundesstelle am 22. November 2024 mit über 350 Teilnehmenden zeigt, dass sich rund um das Thema „Glaubensfreiheit und Kindeswohl“ vielfältige Fragen entwickeln, mit denen sich Behörden, der Bildungsbereich, Sozialarbeit, das Gesundheitssystem und die Kinder- und Jugendhilfe auseinandersetzen müssen. So gibt es immer wieder Tendenzen von Gruppen, Kinder und Jugendliche sozial zu isolieren, ihnen Bildungswege und auch medizinische Hilfe zu verweigern. Hier gilt es, aufmerksam zu sein und die dahinterliegenden Probleme sorgfältig aufzuarbeiten. Denn es muss uns darum gehen, Kindern eine altersgerechte Entwicklung zu ermöglichen und ihnen den Zugang zu Bildung, gesellschaftlicher Teilhabe und letztlich zu einem selbstbestimmten Leben zu eröffnen.

Auch im Bereich der Online-Coaching-Formate zeigen sich bedenkliche Tendenzen, wenn Jugendliche vereinnahmt und mit extrem frauenfeindlichen, gewaltverherrlichenden und verschwörungstheoretischen Inhalten konfrontiert werden.

Die oben genannten Themen zeigen nur einen Teil der Problematiken, mit denen sich die Bundesstelle im Jahr 2024 beschäftigt hat und zu denen sie Beratung angeboten, Informationen gesammelt und ihre Expertise mit anderen Fachbereichen geteilt hat.

Der Bericht unterstreicht eindrücklich die Notwendigkeit, einzelne weltanschauliche Strömungen zu beobachten, auf bedenkliche Entwicklungen hinzuweisen, einen Diskurs anzustoßen und die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu stärken. Zu all diesen Punkten hat die Bundesstelle für Sektenfragen im Jahr 2024 einen wichtigen Beitrag geleistet.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und

davon Kenntnis nehmen, dass ich diesen Bericht gemäß Bundesgesetz über die Einrichtung einer Informations- und Dokumentationsstelle für Sektenfragen (Bundesstelle für Sektenfragen), BGBl. I Nr. 150/1998 idgF, dem Nationalrat vorlegen werde.

13. Juni 2025

Claudia Plakolm
Bundesministerin